

Das Wichtigste vom Tage.

Nach den Verhandlungen von Berlin hat die Reichsregierung ihr Einspruchsrecht gegen eine Kohlenpreiserhöhung für diesen Fall aufgeben und Erhöhung des Kohlenpreises um 15 Mt. für die Tonne ab 1. Januar 1921 unter gewissen Voraussetzungen genehmigt.

Im schlesischen Landtage begann gestern die Aussprache über das Regierungsprogramm.

Der Reichstag nahm gestern in zweiter Lesung fast durchweg die Ausschusshandlungen und Entschlüsse zum Besoldungsgesetz an.

Von den Quäkern sind übermals 9180000 Mark zur Fortsetzung der Rinderzucht in Deutschland zur Verfügung gestellt worden.

Die Prager Polizei entdeckte eine großartige, von Moskau finanzierte Verschwörung der Kommunisten gegen die tschecho-slowakische Republik.

Der irische Brand.

Cork, die drittgrößte Stadt Irlands, ist im Kampfe der Sinnfeiner mit den englischen Volkstruppen eine Ruine geworden. 1832 noch ein Gemeinwesen von 107 000 Einwohnern, hatte sie nach der letzten Volkszählung nur noch 75 000 Seelen.

Aber inzwischen veränderte sich die Stimmung in Irland vollkommen. Es kam zu dem verzweifelten Dubliner Aufstand der irischen Extremisten im Oktober 1916. Er war aussichtslos.

Errichtung der Unabhängigkeit und Integrität unseres Landes, zu erreichen. Ang.licht gegen Ang.licht mit den Feinden müssen wir eine klare Haltung einnehmen.

Gegen die Vernichtung der deutschen Luftschiffahrt.

Eine deutsche Note an den Botschafterrat.

Zu der Forderung der alliierten Regierungen, das Verbot der Herstellung und Einfuhr von Luftfahrtmaterial über den im Friedensvertrag vorgesehenen Zeitraum auszudehnen, hat die Regierung eine Note an die Botschafterkonferenz gerichtet.

Das Hornberger Schießen in Genf

No. In wenigen Tagen wird die Völkerverversammlung, die mit großer Klame angekündigt worden war, beendet sein. Man wird vermutlich sehr still auseinander gehen und auf einen Rückblick, der die geleistete Arbeit darstellt, verzichten.

vielleicht diese. Man mag es bedauern, aber man kann es, wenigstens einstweilen, nicht ändern. In Europa wird eine Völkerverständigung, wird ein wirklicher Völkerverbund nicht eher möglich sein, bis das größte Gemmiss dafür, bis der Versailleser Frieden, beseitigt ist.

Kleine politische Meldungen.

Deutschland und Oesterreich. Der Präsident des Deutschen Reiches hat an den Bundespräsidenten Dr. Gaunisch folgendes Telegramm gerichtet:

Dem ersten Bundespräsidenten des deutschen Brudervolkes sende ich die warmsten Glückwünsche. Möge es Ihnen beschieden sein, Oesterreich aus seiner heutigen schweren Notlage einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Ebert, Präsident des Deutschen Reiches. Bundespräsident Dr. Gaunisch erwiderte:

Von ganzem Herzen danke ich Ihnen, Herr Präsident, für die mir anlässlich meiner Wahl zum Bundespräsidenten der Republik Oesterreich übermittelten Glückwünsche.

Gaunisch, Bundespräsident von Oesterreich.

Die deutsche Denkschrift für Brüssel. Von den deutschen Delegierten ist den Vertretern der anderen Staaten ein umfangreiches Material finanzieller Natur übergeben worden.

Wohnungsbau durch Anleihen. Der Wohnungsausschuss des Reichstages hat sich dahin geeinigt, die Regierung um Anarbeitung eines Gesetzentwurfes zu ersuchen, wonach die Mittel für Neubautätigkeit auf dem Wege des Anleiheverfahrens aufgebracht werden sollen.

Streikabsichten der radikalen Eisenbahner. Die radikalen Eisenbahner setzen ihre Vorbereitungen zum allgemeinen Streik fort.

Der neue Schweizer Bundespräsident. Die vereinigte Bundesversammlung wählte mit 136 von 165 gültigen Stimmen den Bundesrat Eduard Schulthess.

Der holländische Frauenbund gegen die Schwarzen im Rheinland. Ein Mitglied des holländischen Frauenbundes verurteilt in den schroffsten Worten im Nieuwe Courant das demoralisierende Auftreten der Franzosen im Rheinland.

Ein griechischer Bündnisantrag an den Verband. Der Secolo meldet aus Athen: Das Ministerium Rhallis hat einen Bündnisantrag den Entente-mächten zugehen lassen.

Neue Steuern in Aue.

Sigung der städtischen Körperschaften.

Mit der Beratung z. T. tief einschneidender Steuerfragen hatte sich eine öffentliche gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften zu Aue zu befassen, die sich gestern nachmittags 5 Uhr einberufen worden war.

Zusatzsteuer vom reichsteuerfreien Einkommen für Bedige, wie sie von der Regierung den Gemeinden anheim gestellt worden ist. Auf Grund der einschlägigen Bestimmungen soll demnach mit Wirkung vom 1. April 1920 an bei denjenigen ledigen Steuerpflichtigen, bei deren Veranlagung ein steuerfreier Einkommensanteil von nicht mehr als 1500 Mark berücksichtigt wird, von dem ganzen steuerfreien Einkommensanteil eine Steuer nach dem im Landessteuergesetze vor-

Vertical text on the left margin containing various advertisements and notices.